



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 890

P/VII/38 - 14.2.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

Regierung, Opposition und Wehrbeitrag	S. 1
Der Sieg Nehrus	S. 3
Wachsender Widerstand in der Sowjetzone	S. 4

Der Ruf nach Gemeinsamkeit

(sp) Auf Seiten der Regierung und ihrer Parteien wird jetzt häufig von der notwendigen Gemeinsamkeit zwischen Regierung und SPD in der Frage des Verteidigungsbeitrages gesprochen. Nebenbei spricht man der SPD die Aufrichtigkeit in der Willensbildung ab, die man für sich selber in Anspruch nimmt. Weder im Palais Schaumburg, noch in den Parteigremien, die Diffamierungen für einen Teil der Politik halten, sollten Zweifel an der Eindeutigkeit der sozialdemokratischen Haltung bestehen. Wer bereit ist, das Wesen und Wollen der deutschen Sozialdemokratie von 1952 zu erkennen, sollte der SPD nicht absprechen, daß sie auch in dieser Hinsicht Lehren aus den Jahren vor 1933 gezogen hat.

Wie steht es nun aber, abseits der Gefahr einer verschärften innerdeutschen Auseinandersetzung, um die Möglichkeit der Gemeinsamkeit? Grundsätzlich ist zu sagen, daß es in jedem Staat ein Gebot ist, hinter der Armeedemokratie den Willen der großen Mehrheit des Volkes zu haben. In unserer Lage eines besetzten und geteilten Landes sollte dieses Gebot ein Gesetz sein, das von der Regierung in dem Augenblick respektiert werden mußte, in dem sie - nach ihren eigenen späteren Aussagen - die Aufstellung neuer deutscher Einheiten als möglich ansah und gewillt war, aus dem "möglich" so schnell es ging, ein "sicher" zu machen. In diesem Augenblick, es war unmittelbar nach dem Amtsantritt der gegenwärtigen Bundesregierung, mußte die Regierung ihre Politik, soweit sie die Voraussetzungen der Neuaufstellung deutscher Soldaten betrifft, zu einer "überparteilichen" Politik machen. Sie hätte diese Politik gemeinsam mit den demokratischen Parteien der Opposition planen und festlegen müssen.

Wäre das geschehen, wir stünden heute nicht den Formen, den Bedingungen und nicht dem Rahmen des Verteidigungsbeitrages gegenüber, den die Regierung durchsetzen will. Natürlich hätte die Entwicklung auch nicht den Verlauf genommen, der allein den sozialdemokratischen Auffassungen entspricht. Aber die am Anfang der Planung noch möglichen Absprachen hatten die Vorbereitung einer Verteidigungs- oder Wehrpolitik auf eine breite parlamentarische Grundlage gestellt. Der Bundeskanzler, mit ihm auch die Kräfte

und die Parteien, die er repräsentiert, haben dieser Grundlage, als sie noch zu schaffen war, offensichtlich wenig Bedeutung zuerkannt. Sie sahen auch die Wehrfragen nur als Aufgabe der Regierungspolitik an. So kam es auch Anfang 1950 zu keinem Versuch der Regierung, eine erste grundsätzliche Entscheidung zusammen mit der SPD zu suchen. Zwangsläufig konnte es danach zu keinen gemeinsamen Planungen über die möglichen Termine, Formen und Bedingungen eines Verteidigungsbeitrages kommen.

Allein der Bundeskanzler war und ist für die Politik verantwortlich, die bis zu dem gegenwärtigen Punkt geführt hat. Weder waren die Parteien der Opposition an der Gestaltung dieser Politik beteiligt, noch konnte das Volk seine Meinung äußern, welche Formen und Bedingungen nach seiner Ansicht die Voraussetzung jedes deutschen Verteidigungsbeitrages sind. Die Alliierten und, soweit diese ihm die Möglichkeit ließen, der Bundeskanzler haben der Frage den konkreten Inhalt gegeben. Nun hält aber nach sozialdemokratischer Auffassung die Mehrheit im deutschen Volk diesen Inhalt für unzulänglich, die absehbaren Voraussetzungen und Bedingungen für unannehmbar und ist gleichzeitig davon überzeugt, daß die ganze Außenpolitik der Regierung niemals zu den erstrebenswerten deutschen und europäischen Zielen führen kann. Nun, so möchten es die verspäteten Rufer nach der Gemeinsamkeit, soll die SPD gegen ihre Überzeugung handeln und das unterstützen, was nach ihrer Ansicht dem deutschen und europäischen Interesse widerspricht. In einer parlamentarischen Demokratie ist das eine unzumuthbare Erwartung.

Bei aller notwendigen Respektierung der verschiedenen Thesen als aufrichtiger Auffassungen müßte doch der Schluß zwangsläufig sein, daß bei einem Verteidigungsbeitrag auf Grundlage der deutsch-alliierten Verträge und im Rahmen der projektierten kleinen europäischen Verteidigungsgemeinschaft keine Gemeinsamkeit zwischen Regierung und SPD mehr geben kann, nachdem dieser Verteidigungsbeitrag (so wie er sich bisher abzeichnet) und die zu ihm gehörende Politik ohne Berücksichtigung sozialdemokratischer Grundsätze und Forderungen der SPD zustande kamen.

+ + +

Der Hessische Rundfunk brachte dieser Tage folgende Erklärung von Willy Knothe, MdB:

"Ich erkläre hiermit, daß ich mit der politischen Haltung und den daraus resultierenden Handlungen meines 41jährigen Sohnes Willi Knothe nichts zu tun habe und daß ich mich davon distanzieren.

Weiter mache ich darauf aufmerksam, daß ich fast 47 Jahre Mitglied der Sozialdemokratischen Partei bin, niemals einer anderen Partei angehörte und auch niemals für eine andere Partei tätig war."

+ + +

Will Washington Krieg mit China ?

f. Die Zahl derjenigen amerikanischen Politiker der ersten Linie, die noch nicht den Krieg gegen China gefordert haben, wird zusehends kleiner. Es hat fast den Anschein, als mache sich ein führender Amerikaner bereits verdächtig, Kommunist oder zumindest ein Freund der Kommunisten zu sein, wenn er gegenüber China keine Kriegsdrohung ausstößt. Der Gedanke, daß ein solcher Krieg mit China der Anfang des dritten Weltkrieges wäre, wird dabei nicht erwähnt. Sollte man bereits blind sein für diesen auf der Hand liegenden Zusammenhang ?

Es vergeht kaum ein Tag, an dem nicht ein neuer Beweis vorgelegt wird, daß zwar MacArthur, der den Krieg gegen China offen fordert und ziemlich offen vorbereitet hat, entlassen wurde, daß aber Washington allmählich beängstigend weitgehend die Politik MacArthurs übernommen hat. Höchst unvorsichtig formulierte Äußerungen Churchills vor dem amerikanischen Kongreß sind in den Vereinigten Staaten jedenfalls als eine britische Unterstützung dieser Politik aufgefaßt worden. Nachträgliche Korrekturen in den Unterhausklärungen Churchills und Edens sind in Amerika ungünstig aufgenommen worden.

In solchem Zusammenhang erst wird die ganze verheerende Wirkung einer Rede des amerikanischen Sondertotschafters John Foster Dulles deutlich, in der er die Amerikaner aufforderte, sie sollten nachdrücklich und unmißverständlich ihre Entschlossenheit bekunden, China von der kommunistischen Herrschaft zu befreien. Wenn ein Taft, der immerhin der nächste Präsident der Vereinigten Staaten sein kann, den Krieg gegen China fordert, dann ist das verhängnisvoll genug. Aber man hat immerhin noch die nicht sehr überzeugende Ausrede, das sei für den amerikanischen Hausgebrauch in einem Wahljahr bestimmt, wobei sich die Frage erhebt, wie weit wir gekommen sind, wenn man aus solchen Forderungen schon parteipolitisches Kapital zu schlagen hoffen kann.

Diese Ausrede hilft bei einem Mann von Range Dulles nicht. Er

ist einer der führenden Außenpolitiker Amerikas, Vater des japanischen Friedensvertrages, Vater der japanischen Anerkennung des Regimes Tschiang Kai-schek auf Formosa und der einflußreichste Gestalter der amerikanischen Fernostpolitik. Er hat auf die Frage, wie denn China von der Herrschaft der Kommunisten befreit werden könne, summarisch geantwortet, dafür gäbe es eine ganze Reihe von Möglichkeiten, deren man sich schon zur rechten Zeit bedienen könne.

Es ist begreiflich, daß die Amerikaner, die schon so lange in Korea die Hauptlast des Krieges gegen die chinesischen Verbände tragen, allmählich ungeduldig werden und zu vergessen beginnen, daß MacArthur das chinesische Eingreifen provoziert hat, als er, wenn auch erfolglos, an die koreanisch-chinesische Grenze vormarschierte. Wer es heute in Amerika wagen würde, auf diesen Zusammenhang hinzuweisen, darf sicher sein, daß ihn McCarthy und seine Gesinnungsgenossen zur Strecke bringen werden. Sie brauchen sich dabei nicht der Mühe zu unterziehen, irgendwelche Beweise vorzubringen. Für eine Diffamierung genügt ein Angriff McCarthys. Es wagt kaum einer mehr, einem auf solche Weise Diffamierten zu Hilfe zu kommen. Man hat allen Grund zu tiefer Sorge, wenn auch ein John Foster Dulles sich in die Front derer einreicht, die den Krieg gegen China fordern, auch wenn er die Formel "Befreiung Chinas" wählt.

+ + +

Hüttenkombinate Ost - offene Wunde der Sowjetzone

Der wachsende Widerstand der Bevölkerung in der Sowjetzone gegen die Ausbeutungsmethoden der SED bereitet den Machthabern in Pankow große Sorgen. Sie macht dafür die Tätigkeit des Ostbüros der SPD verantwortlich.

Dazu äußerte sich der Leiter des Ostbüros in einer RIAS-Sendung, der wir folgendes entnehmen:

Das Politbüro des Zentralkomitees der SED hat in einem Beschluß vom 5. Februar Kritik an den Verhältnissen im Eisenhüttenkombinat "Ost" in Fürstenberg geübt und dabei das Ostbüro der Sozialdemokratischen Partei besonders erwähnt. Diese Erwähnung bestätigt die Tatsache, daß der Widerstand der Arbeiterschaft in diesem wichtigen Großbetrieb der Sowjetzone ein Ausmaß erreicht hat, das von den kommunistischen Machthabern nicht mehr verschwiegen werden kann.

Selbstverständlich sind die Verdächtigungen des Politbüros über angebliche Spionage, Sabotage und Diversionsakte des Ostbüros frei erfunden. Was nach der üblichen kommunistischen Manier mit diesen Unterstellungen diffamiert werden soll, ist die ungebrochene Haltung sozialdemokratischer Widerstandskämpfer, die sich keinem Druck und Terror gebeugt haben und die heute im Kampf gegen die Kollektivverträge und andere kommunistische Maßnahmen zur politischen und sozialen Entrechtung der Werktätigen an der Spitze des Widerstandes in den Betrieben der Sowjetzone stehen.

Die Arbeiter des Eisenhüttenkombinats "Ost" wissen selbst sehr gut und können am besten beurteilen, worin die Tätigkeit des Ostbüros der SPD im Werk bestanden hat. Wir haben nur das getan, was uns aus der Pflicht der Hilfe und der Solidarität mit der Arbeiterschaft in diesem Werk als notwendig erschien. Wir haben mit den uns im illegalen Kampf als geeignet erscheinenden Mitteln eine entsprechende Aufklärung betrieben und damit erreicht, daß in diesem wichtigsten Schwerpunktbetrieb der Ostzone die Arbeiterschaft gegen die kommunistischen Methoden aktiv geworden ist. Die Erklärung des Politbüros der SED beweist, daß das kommunistische Regime die ernste Gefahr zu erkennen beginnt, die durch die intensive Aufklärungsarbeit und den wachsenden Widerstand der Arbeiterschaft in den Betrieben für den Fortbestand des Regimes entstanden ist.

Der Kampf gegen die Kollektivverträge, der Widerstand gegen die sogenannte "Nationalhilfe für Berlin" mit der betrügerischen "Aufbauleihe", mit der ausbeuterischen, unbezahlten Mehrarbeit von 300 Arbeitsstunden, alles das zeigt, wie wenig es der SED geglückt ist, die werktätige Bevölkerung der Sowjetzone von den angeblich fortschrittlichen Absichten und Zielen ihrer Politik zu überzeugen.

Das Beispiel des Eisenhüttenkombinats "Ost" in Fürstenberg ist ein Beweis dafür, wie stark der Zersetzungsprozeß selbst in den kommunistischen Kadern vorgeschritten ist.

Die Arbeiter im Westen haben begriffen, daß der Kampf der Arbeiter in der Sowjetzone gegen die kommunistische Ausbeutung ein Teil des Kampfes um die Einheit Deutschlands in Freiheit ist. An der immer stärker werdenden Solidarität und an dem immer größer werdenden Widerstand gegen das kommunistische Regime können die Beschlüsse des Politbüros der SED nichts ändern.

Wir wollen jedoch vor Provokationen warnen, die von kommunistischer Seite immer wieder versucht werden, um den wachsenden Widerstand in der sowjetischen Zone zu lähmen. Seit Monaten wird in bisher nicht erlebter Schärfe gegen den sogenannten "Sozialdemokratismus" gehetzt, und es wird versucht, die Führung der Sozialdemokratischen Partei mit Dr. Schumacher an der Spitze mit den üblichen kommunistischen Methoden der Diffamierungen zu diskreditieren.

Es ist bezeichnend für die Entwicklung nach nahezu sechs Jahren kommunistischer Herrschaft in der Sowjetzone, daß zu den bewährten Gruppen der Sozialdemokratie junge Kräfte gestoßen sind, die in der Illegalität des Kampfes gegen das kommunistische Regime den Beweis für ihren Freiheitswillen erbringen.

Das Ostbüro der SPD wird weiterhin als Instrument und Hilfsorgan für die Sozialdemokraten und die freiheitlichen Kämpfer in der Sowjetzone mit allen Mitteln helfen und durch Rat und Tat den Kampf in der Sowjetzone aktiv unterstützen.

+ + +

Verantwortlich: Peter Raunau